

MARKTWIRTSCHAFT: FREI ODER SOZIAL?

	Freie Marktwirtschaft	Soziale Marktwirtschaft
wirtschaftstheoretische Grundlagen	klassischer Wirtschaftsliberalismus	Ordoliberalismus, (Ordo lateinisch für Ordnung), christliche Soziallehre
geistige Väter	Adam Smith, Jean Baptiste Say, Friedrich August von Hayek	Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke
historischer Hintergrund	<ul style="list-style-type: none"> Aufklärungsphilosophie: ökonomische Auslegung der Menschenrechte Forderung nach Freiheits- und Eigentumsrechten 	<ul style="list-style-type: none"> in der deutschen Nachkriegszeit eingeführt als Alternative zur staatlich gelenkten Kriegswirtschaft negative Auswirkungen des Wirtschaftsliberalismus (Manchesterkapitalismus) sollen vermieden werden
Zielvorstellung, Konzept	Gewinnstreben und Eigeninitiative regulieren sich im freien Wettbewerb von allein, so dass automatisch das größtmögliche Gemeinwohl entsteht.	Wettbewerbswirtschaft und freie Initiative müssen durch ordnungspolitische Maßnahmen mit sozialem Fortschritt verbunden werden.
Rolle des Staates	Ordnungspolitik: Der Staat gibt nur die Spielregeln vor beziehungsweise setzt die Rahmenbedingungen. Er greift nicht in wirtschaftliche Prozesse ein. Seine Aufgaben sind: Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit, Einhaltung der Rechtsnormen und die Bereitstellung eines Zahlungsmittels.	Kombination von Ordnungs- und Prozesspolitik: Der Staat gibt Spielregeln vor und agiert als Mitspieler in ökonomischen Prozessen. Er greift lenkend in wirtschaftliche Abläufe ein (zum Beispiel durch Sozialpolitik, Besteuerung, Umweltpolitik).
Angebot und Nachfrage (Preisbildung von Waren, Dienstleistungen und Löhnen)	Angebot und Nachfrage sind Mechanismen auf dem Markt, die das ökonomische Gleichgewicht herstellen. Staatliche Eingriffe werden als Störung der Selbstregulierung verstanden.	Angebot und Nachfrage sind Marktmechanismen, die nur bedingt zum Allgemeinwohl oder allgemeinen Wohlstand beitragen. Steuernde Eingriffe sollen Fehlentwicklungen korrigieren.
Wettbewerb	Mittelpunkt der Ökonomie ist der freie, sich selbst überlassene Wettbewerb. Es gibt keine staatliche Wettbewerbspolitik.	Schutz und Förderung des Wettbewerbs durch staatliche Eingriffe (zum Beispiel durch Subventionen, Kontrollen, Kartellrecht, Preisbindungen)
Produktionsmittel	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmen entscheiden allein über die Produktion und die Produktionsmittel. unbeschränkte Gewerbefreiheit 	<ul style="list-style-type: none"> Regulationen und Verbote greifen in die Gewerbefreiheit ein (zum Beispiel wegen Gesundheits- oder Sicherheitsrisiken) wichtige Infrastruktur teilweise in staatlicher Hand (zum Beispiel Energie- und Wasserversorgung, Straßennetz und öffentlicher Nahverkehr, öffentlich-rechtliche Medien)
Vertragsfreiheit	Vertragspartner entscheiden allein über Vertragsinhalte (Tarifautonomie)	eingeschränkte Vertragsfreiheit, um die Rechte Schwächerer zu schützen (zum Beispiel Kündigungsschutz, Mindestlohn)
(mögliche) positive Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> hohe wirtschaftliche Dynamik, Wirtschaftswachstum hohe Güterversorgung Flexibilität 	<ul style="list-style-type: none"> soziale Gerechtigkeit und Sicherheit durch Sozialversicherung, Steuerausgleich, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Arbeitsrecht
(mögliche) negative Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> Ballung wirtschaftlicher Macht, Monopolbildung sozial ungerechte Auswirkungen durch Überangebot von Arbeitskräften (zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Lohndumping) 	<ul style="list-style-type: none"> hohe Staatsausgaben aufgrund von Sozialleistungen, Konjunkturprogrammen, Subventionen Staatsverschuldung hohe Belastung der Bürger durch Steuern und Sozialausgaben Wettbewerbsverzerrung Anspruchsmentalität

© Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem BMAS; Stand 11/2012

Quelle: eigene Darstellung, angelehnt an: Bundeszentrale für politische Bildung: Wirtschaftsordnungen, www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18484/wirtschaftsordnung